

PK VOLKSHILFE: ARBEITSSUCHENDE HABEN WENIG VERTRAUEN IN REGIERUNG

Utl.: Der Direktor der Volkshilfe Österreich Erich Fenninger und die Geschäftsführerin der Volkshilfe Wien Tanja Wehsely stellen neue Umfrage unter Langzeitarbeitslosen vor.

Das Thema Arbeitsmarkt besteht aus vielen Zahlen und Statistiken, die Volkshilfe hat 100 Betroffene befragt: Wie geht es arbeitssuchenden Menschen in den sozialökonomischen Betrieben der Volkshilfe Wien? Wie schätzen sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt ein? Und wie viel Vertrauen haben sie, dass die Regierung ihnen hilft? Die Ergebnisse der Umfrage wurden heute im Rahmen einer Pressekonferenz in einem Second-Hand-Shop der Volkshilfe Wien präsentiert.

Langzeitarbeitslose Menschen haben geringe Zuversicht einen Job zu finden

Bereits vor dem ersten Lockdown im März 2020 waren rund 100.000 Menschen als langzeitbeschäftigungslos beim AMS gemeldet. Ein gutes Jahr und die Pandemie später, im Mai 2021, liegt die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen bereits bei 144.850 Menschen. „Die Umfrage zeigt“, so Direktor Erich Fenninger, „welche Erwartungen sie haben: Mehr als die Hälfte der befragten Langzeitarbeitslosen (53,1%) geht davon aus, dass ihre Jobchancen eher schlecht bis sehr schlecht sind. Nur 15% rechnen damit, dass sie sehr gute oder gute Chancen auf einen Job haben. Das ist ein echtes Alarmzeichen“.

Unter Befragten auch Jüngere und höher Qualifizierte langzeitarbeitslos

Geschäftsführerin Tanja Wehsely weist darauf hin, „dass nicht mehr nur Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen langzeitarbeitslos sind, sondern in zusehendem Ausmaß junge Menschen und höher Qualifizierte dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Auch an unserer Umfrage können 20% der befragten langzeitarbeitslosen Menschen einen Hochschulabschluss oder Matura vorweisen. Rund 1/3 der Befragten ist jünger oder 40 Jahre alt“.

Vertrauen in die Regierung? Nein.

Langzeitarbeitssuchende Menschen schätzen die Politik der Regierung eher mangelhaft ein. Fenninger führt aus, „dass mehr als die Hälfte der Befragten (54,9%) die Frage, ob sie Vertrauen in die Regierung haben, dass sie Arbeitsplätze absichert, mit „nein“ oder „eher nein“ beantwortet“. Und auch die Arbeitslosenabsicherung der Regierung lässt zu wünschen übrig. Auch mehr als die Hälfte der Befragten (51,3%) verneinen die Frage: „Haben Sie Vertrauen in die Regierung, arbeitslose Menschen abzusichern?“

Hohes Armutsrisiko für langzeitarbeitslose Menschen

Auch in der Umfrage bestätigt sich, dass allem Langzeitbeschäftigungslose einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, ihre Armutsgefährdungsquote liegt bei rund 70%. „Mehr als 1/3 der Befragten sind auf die Mindestsicherung angewiesen - trotz Erhalt der Notstandshilfe oder des Arbeitslosengeldes. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer höheren Arbeitslosenversicherung, um Armut zu mindern und Teilhabe – nicht zuletzt berufliche Teilhabe – zu ermöglichen“, so Wehsely.

Doch bei rund der Hälfte unserer befragten Langzeitarbeitslosen ist die finanzielle Belastung im Vergleich zu Vorkrisenzeiten gleich geblieben, bei etwas mehr als jede*r Vierte*n (26,5%) ist die finanzielle Last sogar gestiegen. Die Einmalboni der Regierung sind folglich nicht ausreichend, um ihre prekäre Lage abzuwenden.

Auch gesundheitliche Risiken

Mit (Langzeit-)Arbeitslosigkeit ist bekanntlich nicht nur ein hohes Armutsrisiko, sondern auch eine hohe Gesundheitsgefährdung verbunden: Auch unter den Befragten in den sozialökonomischen Betrieben der Volkshilfe Wien zeichnet sich ein Anstieg von Stress und psychischen Belastungen ab: Mehr als 1/3 der Langzeitarbeitslosen (38,9%) hat im Vergleich zu Vorkrisenzeiten mehr psychische Belastungen und Stress empfunden.

Volkshilfe fordert nachhaltige Maßnahmen:

- Die Menschen brauchen eine **Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70 %** zur Existenzsicherung. Unsere Umfrage bestärkt uns in dieser Forderung.
- Mit einer **Jobgarantie** raus aus dem Mangel. Das bedeutet einen garantierten, menschenwürdigen Job zum Kollektivvertrag. Auf freiwilliger Basis, wie auch von der AK gefordert. Macht menschlich und ökonomisch einfach mehr Sinn.
- Finanzielle **Förderung von Weiterbildung bzw. Qualifizierung** – insbesondere in zukunftsfähigen Bereichen, wie der **Pflege** oder in **der Kreislaufwirtschaft** – ist weiters unabdingbar, um die individuellen Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Menschen müssen auch während einer Ausbildung von etwas leben.

„In der Umfrage wurde auch die Zufriedenheit der Transitmitarbeiter*innen mit dem Angebot der Volkshilfe Wien abgefragt und bekam sehr gute Noten. Daher bin ich davon überzeugt, dass wir mit einem weiteren Ausbau der sozialökonomischen Betriebe und der Umsetzung einer Jobgarantie noch viel mehr Menschen helfen könnten. Die dramatischen Zahlen zeigen, dass das dringend notwendig ist“, so Wehsely.

„Wir verurteilen Menschen zu Langzeitarbeitslosigkeit, zum Verharren im Wartesaal ihres eigenen Lebens. Die mangelnde Chance auf einen Job verursacht enormen Stress, hat negative gesundheitliche Folgen und führt oft in Armut. All das muss nicht sein, wir fordern die Regierung auf, zu handeln und den Menschen auch das Vertrauen in einen Staat, der auf alle schaut, wiederzugeben“, so Fenninger abschließend.

Hinweise zur Studie und erhobene Fragen

Mit ihrer aktuellen Umfrage geben die Volkshilfe Österreich und Volkshilfe Wien exklusive Einblicke in die Lage und Einschätzungen einer Gruppe, die sonst kaum Gehör findet: Langzeitarbeitssuchende Menschen

- Die veröffentlichten Umfrage-Ergebnisse beruhen auf 113 online durchgeführten Interviews mit arbeitssuchenden Personen ab 18 Jahren, die derzeit in den sozialökonomischen Betrieben der Volkshilfe Wien tätig sind (Feldzeit von 08.04.2021 bis 19.05.2021).
- Aufgrund der Sample-Größe kann die Umfrage nur bedingt als repräsentativ gelten. Sie bietet jedoch einen guten Indikator für die aktuellen Problemlagen langzeitarbeitssuchender Menschen.
- Alle Ergebnisse auf www.volkshilfe.at

Rückfragen & Kontakt:

Volkshilfe Österreich
Erwin Berger, MAS
+43 676 83 402 215
erwin.berger@volkshilfe.at

Volkshilfe Wien
Romana Bartl
+43 676 8784 1770
R.Bartl@volkshilfe-wien.at

Wien, 8. Juni 2021